

schäftsleuten, in dem Deutschland gleichberechtigt vertreten ist, aber ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Reparationskommission und der deutschen Regierung, sowie einem Obmann. Deutschland wird weiter in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen. Deutschland ist überzeugt, mit diesem Vorschlag bis an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was es bei Anspannung aller Kräfte vermag. Sollte diese Auffassung von anderer Seite nicht geteilt werden, so schlägt die deutsche Regierung vor, entsprechend der Anregung des Staatssekretärs Hughes das gesamte Reparationsproblem einer internationalen Kommission zu unterbreiten. Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches sind bereits nach dem Verträge von Versailles verhaftet. Wie für den Anleihefonds diese Haftung konkret zu gestalten ist, läßt sich nur im Wege von Verhandlungen feststellen. Es ist notwendig, daß die gewalttätige Ergreifung von Pfändern und die Anwendung von Sanktionen künftig unterbleiben wird und daß Deutschland von den politischen und wirtschaftlichen Fesseln befreit wird. In gleicher friedlicher Zusammenarbeit ist die deutsche Regierung zu jeder friedenssichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Die deutsche Regierung schlägt vor, auf Grundlagen der vorstehenden Ausführungen in Verhandlungen einzutreten. Ausgangspunkt der Verhandlungen ist die Wiederherstellung des „Status quo ante“.

Berlin, 1. Mai. (Die Parteiführer beim Reichskanzler.) Wie die Telegraphen Union erzählt, hat der Reichskanzler die Parteiführer empfangen, um sie über die Lage zu unterrichten und ihnen Mitteilungen über den Inhalt der Note zu machen, die an die alliierten Regierungen gesandt wird.

Berlin, 2. Mai. (Die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin.) Die gestrige Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Ministerpräsidenten aller Länder, die auch sämtlich anwesend waren dauerte von drei Uhr bis kurz nach fünf Uhr. Eine amtliche Mitteilung über den Verlauf der Sitzung wurde nicht ausgegeben.

Berlin, 2. Mai. (Die neue Devisenverordnung.) Die neue Devisenverordnung ist, wie die B. Z. erzählt, soweit fertiggestellt, daß sie im Laufe des heutigen Tages an das Kabinett gelangen dürfte. Mit den letzten Abfassungsmodalitäten hat sich in erster Reihe das Reichswirtschaftsministerium beschäftigt.

Frankreich.

Frankreich verhält sich ablehnend.

Paris, 3. Mai. (Abgelehnt.) Kurz nach der Bekanntgabe der deutschen Vorschläge wurde gestern Nachmittag bereits am Quai d'Orsay Auskünfte über die Haltung der französischen Regierung zu den Vorschlägen gegeben. Der Inhalt dieser Auskünfte deckt sich vollständig mit der ablehnenden Haltung der Pariser Abendpresse. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erklärungen Poincarés sowohl in den Londoner und Pariser Konferenzen wie auch bei den späteren Ausdrücken ein Programm darstellen, von dem Frankreich nicht abweichen würde. Die deutschen Vorschläge selbst abgesehen von ihren Einzelheiten und namentlich von den in ihnen enthaltenen Zielen verlangten eine Aufrechterhaltung des bis zum Moment der Ruhrbesetzung beobachteten Zustandes, wobei die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen ausschließlich von Deutschlands eigenem guten Willen abhängen. Diesen Zustand wolle Frankreich auf Grund seiner Erfahrungen auf keinen Fall wiederhergestellt sehen. Auf Grund der Brüsseler Beschlüsse werde Frankreich niemals in eine Räumung der Ruhr einwilligen, es sei denn Zug um Zug gegen die deutschen Zahlungen. Da die deutschen Vorschläge in diesem Punkte Frankreich widersprechen, sei sie als Grundlage zu weiteren Verhandlungen unbrauchbar. Auf die Haltung der anderen Mächte wurde bei Abgabe dieser Erklärungen mit keinem Worte Bezug genommen. Die Entscheidung der französischen Regierung scheint danach festzustehen und unbeeinflussbar zu sein. Auf die Frage, ob Frankreich auf die deutsche Note eine Antwort geben werde, wurde erwidert, daß darüber noch nichts beabsichtigt sei.

Paris, 3. Mai. (Die Pariser Abendpresse.) Die deutsche Note ist gestern Nachmittag gegen 4 Uhr von dem deutschen Geschäftsträger am Quai d'Orsay überreicht worden. Die Pariser Abendblätter veröffentlichen bereits aus Telegrammen aus Berlin den vollen Wortlaut des Schriftstückes und fügen Kommentare hinzu, die durchweg ablehnend sind. Der Temps kennzeichnet die Note als eine Art diplomatischer Offensive Deutschlands, an der er vor allem auszusehen hat, daß Deutschland entschlossen ist, den passiven Widerstand aufrecht zu erhalten, bis zum Abzug der Truppen aus dem Ruhrgebiete und der Wiederherstellung normaler Zustände im Rheinlande. Dazu sagt der Temps, daß ein Abzug der Truppen aus dem Ruhrgebiete, für die Deutschen gleichbedeutend wäre mit einem Siege und daß die deutschen Revanchegehrnisse hierdurch an Kraft gewinnen würden. Das würde gegen die Grundzüge der französischen Politik verstoßen, wie sie in den letzten Konferenzen von Paris und London von Herrn Poincaré dargelegt worden sei. Es wolle sich mit der Forderung nach Räumung des Ruhrgebietes vor der Aufgabe des passiven Widerstandes allen Folgen seiner Niederlage und den Verpflichtungen des Versailler Vertrages entziehen.

Paris, 2. Mai. (Eine Stimme aus dem Quai d'Orsay.) Aus dem Ministerium des Auswärtigen wurde gestern Abend zum erstenmal unumwunden erklärt, man sei einverstanden, daß die deutschen Vorschläge an alle Verbliebenen übermitteln werden, ferner, daß die Frage der Fortdauer des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet Frankreich nicht hindern würde, die deutschen Vorschläge zu prüfen. Alles hänge davon ab, ob die deutschen Vorschläge als aufrichtig angesehen werden können.

Die deutsche Note in Brüssel.

Paris, 3. Mai. Die deutsche Note ist am Mittwoch Nachmittag in Brüssel überreicht worden. Die belgische Regierung erklärt, daß sie nach Rücksprache mit der französischen Regierung auf die deutsche Note antworten werde.

England.

London, 3. Mai. (Die Note in England.) Die deutsche Note ist gestern Nachmittag von dem deutschen Geschäftsträger Dr. Stöcker im Foreign Office überreicht worden. Gleichzeitig ist sie allen alliierten Regierungen übermittelt worden. Die hiesige Presse veröffentlicht lediglich einen summarischen Inhalt der Note, wie er ihr von Berlin aus telegraphiert worden ist. Kommentare dazu liegen noch nicht vor. In unterrichteten Kreisen erklärt man, daß das Kabinett sich an einem der nächsten Tage mit der Note beschäftigen werde.

Die ausländische Presse über das deutsche Angebot?

Paris, 3. Mai. Bei der Besprechung der von der deutschen Regierung angebotenen Reparationssumme kommt der „Temps“ auf die französischen Erklärungen in den beiden jüngsten Konferenzen

zurück und sagt, Deutschland biete eine Summe an, die so klein sei, daß die Alliierten sich um sie schlagen müßten. Die Summe von dreißig Milliarden kritisiert der „Temps“ weiterhin damit, daß sie nicht tragbar sei, solange die Besiegten in Deutschland dieses Angebot nicht anerkennen. Von den dreißig Milliarden würden vorläufig erst zwanzig fest angeboten und von diesen seien die Zinsen für vier Jahre abzuziehen. Ueberdies verpflichte sich Deutschland für den Fall, daß das Kapital nicht zur Stelle geschafft werden könne, nur zur ratenweisen Zahlung, die 36 Jahre in Anspruch nehmen würde. In der Frage der Garantien schließt sich das französische Regierungsblatt an der grundsätzlichen Gegenseitigkeit, die es mit den Worten abtut: „War der Einfall in Belgien und Frankreich ein gegenseitiger?“ Der „Temps“ schließt mit der Erklärung, daß Frankreich und Belgien über derartig hinterlistige Vorschläge nicht diskutieren könnten oder ihre Forderungen einschränken, und daß sie keine andere Aufgabe sähen, als das Ruhrgebiet wirtschaftlich auszubehnten. — Mehlisch heißt es im „Journal des Débats“, die Berliner Regierung biete ein Blendwerk an und verlange dafür die Räumung des Ruhrgebietes. — In derselben Tonart schreiben „L'Internationale“ und „Liberte“, die die deutsche Note als einen Hinterhalt bezeichnen, in den Frankreich nicht gehen werde. Schließlich wurde auf eine persönliche Anfrage bei einer dem Quai d'Orsay nahegelegenen sehr bekannten journalistischen Persönlichkeit dem Korrespondenten der Telegraphen Union erklärt, daß diese deutschen Vorschläge in Frankreich diskutiert werden würden.

London, 3. Mai. Gleich die Blätter am gestrigen Tage noch keine Besprechung der deutschen Note gebracht haben, stellen sie übereinstimmend fest, daß die Hoffnung auf Annahme der deutschen Vorschläge durch die französische Regierung außerordentlich gering sei. Nach dem „Evening Standard“ steht es fest, daß die kommenden Verhandlungen zu nichts führen werden. Das Blatt sieht voraus, daß die französische Herrschaft im Ruhrgebiete jetzt schärfer werden wird als je. Die Verhaftung Krupps sei erst ein Anfang. Wenn man Krupp ins Gefängnis werfe, so sei das dasselbe, als wenn man in England den Lord Cardigan und einige andere Magnaten verhafte — nämlich eine wilde Herausforderung der öffentlichen Meinung.

Rom, 3. Mai. In römischen Kreisen wird die deutsche Note trotz einiger Formmängel als für eine Verhandlungsbasis ausreichend bezeichnet. Die „Tribuna“ stellt fest, daß die römischen diplomatischen Kreise augenblicklich Reserve gegenüber der deutschen Note beobachten. Diese Reserve sei erklärlich, da diese Note zurzeit einer ausführlichen Prüfung unterliege. Der „Mattino“ erklärt, die deutsche Note nähere sich — von den Rissen abgesehen — dem Projekte, das Italien in London vorlegte. Italien wolle Deutschland nicht ruinieren, aber auch nicht sich selbst.

Die Maiseier in Deutschland.

Der 1. Mai ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten im ganzen Reiche verhältnismäßig ruhig verlaufen.

Dresden, 1. Mai. Die Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien und Kommunisten hatten ihre Mitglieder zu einer Maiseier aufgefordert. Die Teilnehmer sammelten sich in der Mittagsstunde auf der Weberstraße, auf dem Maunplatz, auf dem Marktgraf Petarich-Platz in Stritzke und auf der Werner-Straße in Bötzen. Gegen ein Uhr setzten sich die Züge nach den Elbwiesen bei Anton in Bewegung. Zahlreiche rote Fahnen, darunter solche mit dem Sowjetstern und alte Fahnen aus der Zeit von 1848 wurden in den Zügen mitgeführt. An der Spitze eines jeden Zuges befand sich ein Musikorps. Ein freundliches Geplätscher erklang diese Züge durch Gruppen einheitlich gekleideter Radfahrer und Turner. Gegen zwei Uhr trafen die Spitzen der Züge auf den Elbwiesen bei Anton ein. Der Aufmarsch dauerte über eine halbe Stunde. Zahlreiche Zuschauer hatten rings um den weiten Platz aufgestellt genommen und die Wöschung an der Hofpferstraße entlang war vollständig mit Menschen besetzt. Die Zugteilnehmer gruppieren sich mit ihren Fahnen um die acht rot drapierten Rednerpulte, die an den beiden Längsseiten der Spielwiesen aufgestellt waren. Gegen drei Uhr eröffnete der Arbeiterführer die Maiseier durch den Gesang einiger Lieder. Darauf sprachen von den Pultern aus Stadtverordnetenvorsteher Landtagsabgeordneter Witz, die Landtagsabgeordnete Arzt, Edel und Wedel (Soz.) und Renner (Komm.), ferner der sozialdemokratische Stadtverordnete Elsner, Geiser (Afa) und Schramm (Komm.). Die Redner wiesen in ihren Ansprachen auf die Bedeutung des 1. Mai für die proletarische Bewegung hin. Einzelne Redner forderten insbesondere in der jetzigen Zeit des Ruhrkonfliktes, daß die Reichsregierung eine Verkündung mit den Segnern anstreben müsse. Dabei rüde die Sozialdemokratie ab von dem Besuche der nationalsozialistischen Kreise, unter dem Mantel der Erhaltung der Einheitsfront den Achtstundentag beseitigen zu wollen. Wichtiger als die wirtschaftlichen Gefahren der Gegenwart seien die politischen Gefahren, wie sie jetzt in Bayern drohen. In dieser Zeit wolle die Arbeiterschaft durch ihre Maiseier bekunden, daß sie die Arbeiterregierung zu erhalten gewillt sei. Es müsse auch darin gestrebt werden, im Reiche eine sozialistische Regierung zu bilden. — Abschließend nach den Reden war die Feier beendet und die Teilnehmer begaben sich in Gruppen oder einzeln nach der Stadt zurück.

Berlin. Bei den vorgestrigen Anmägen und Versammlungen verhielt man sich im allgemeinen ruhig. Von kommunistischer Seite hatte man versucht, eine sozialdemokratische Versammlung zu sprengen. Die Polizei schritt mit blanker Waffe ein, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Hierbei gab es einige Verletzte.

Gleiwitz. Die am vorgestrigen Tage veranstalteten Anmägen zur Maiseier verliefen nach den bisher vorliegenden Berichten in den hiesigen Distrikten überall ruhig. Auch die Demonstrationen der polnischen Arbeiter in Katowitz vollzogen sich in völliger Ruhe.

München, 2. Mai. Die nationalsozialistischen Stößtrupps waren von gestern früh an in großer Zahl auf dem Oberriesensee in Bereitschaft gestellt. Gegen elf Uhr sperrte die Landespolizei die Zugänge zur Stadt ab, um eine Einmischung der Differenzen auf alle Fälle zu verhindern. Am Nachmittag zerstreuten sich die nationalsozialistischen Stößtrupps. Dabei beteiligte sich in der Elisabethstraße ein Zwischenfall: Ein Trupp Nationalsozialisten überholte einen Zug Sozialisten, dem die rote Fahne fortgenommen und verbrannt wurde.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Krupp von Bohlen und Halbach verhaftet.

Essen, 2. Mai. Herr Krupp von Bohlen und Halbach ist gestern Vormittag von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Nachdem Herr Krupp von Bohlen-Halbach bereits zweimal vernommen worden war, hatte er in den letzten Tagen zum dritten Male eine Vorladung erhalten, die ihn in Berlin erreichte, wo er

Volksdienst ist Volksoffer!

Darum geht weiter zum Deutschen Volksoffer!

gerade zu wichtigen Besprechungen anwesend war. Er brach seinen Aufenthalt in Berlin sofort ab und fuhr nach Essen zurück. Während sich bisher jedes Verhöre immer über mehrere Stunden erstreckte, wurde die Vernehmung diesmal nach kurzer Zeit abgebrochen und ihm einfach mitgeteilt, daß er verhaftet sei. Ein Grund wurde dabei nicht angegeben.

Maisfeierverbot in neubesetzten Gebiete.

Gelsenkirchen, 2. Mai. Im Laufe des Montag ist von den Divisionskommandeuren an die Ortskommandanturen der Besatzung ergangen, daß auch für das neubesetzte Gebiet die Maiseier am 1. Mai verboten seien. Dieser Befehl ist erst in den Abendstunden bei den kommunalen Behörden bekannt geworden, so daß gestern früh noch nicht feststand, inwieweit er seine Wirkung auf die Feier des 1. Mai haben würde.

Bermischtes.

* (Europas Frauenüberschuß.) Infolge des Krieges ist der europäische Frauenüberschuß von 9,5 vor 1914 auf 25 Millionen gestiegen. Nach Ermittlungen des Statistischen Reichsamts in Berlin kamen vor dem Kriege auf 1000 Männer 1038 Frauen, jetzt 1111. Dabei bestand früher der Männerüberschuß zum erheblichen Teil aus älteren Frauen, besonders Witwen, jetzt besonders aus heiratsfähigen Frauen. Am größten ist die Verschiebung in Rußland, wo auf 1000 Männer vor dem Kriege 1042 Frauen kamen, jetzt 1229. In Deutschland liegt die Zahl von 1026 auf 1100, in Oesterreich von 1027 auf 1069. Gefallen ist das Verhältnis der Frauen in den Niederlanden von 1020 auf 1010, gestiegen aber auch in der Schweiz von 1033 auf 1073.

Schlachtviehpreise auf dem Viehhof zu Dresden

am 30. April 1923.

Auflrieb: 84 Ochsen, 127 Bullen, 247 Kalben und Kühe, 889 Kälber, 244 Schafe, 1091 Schweine, zusammen 2682 Ferkel. Preise: Ochsen: 1. 270—280000 (500000); 2. 230—250000 (461500); 3. 180—210000 (414900); 4. 13—160000 (362500). Bullen: 1. 260—27000 (456000); 2. 230—250000 (436400); 3. 180—210000 (375000); 4. 150000—160000 (344400). — Kalben und Kühe: 1. 270—280000 (500000); 2. 230—250000 (461500); 3. 190—210000 (444400); 4. 160—180000 (425600); 5. 90—150000 (352900). — Kälber: 1. — (—); 2. 240000 bis 250000 (395200); 3. 180—210000 (325000); 4. 150—170000 (291000). — Schafe: 1. 245—255000 (500000); 2. 180—220000 (444400); 3. 120—160000 (368400). — Schweine: 1. 380—390000 (436600); 2. 380—390000 (431300); 3. 240—360000 (466700); 4. 90—330000 (463900); 5. 260—360000 (413300). — Vom Mindestauftrieb sind 28 dänischer Herkunft Ueberflücker: 31 Rinder, davon 5 Ochsen, 9 Bullen, 17 Kühe, 7 Kälber, 33 Schweine. — Geschäftslage: Rinder, Kälber, Schafe, Schweine langsam. — Ausnahmepreise über Notiz.

Bur Strompreiserhöhung.

Die kürzlich bekannt gegebene Erhöhung der Strompreise hat eine gewisse Unruhe innerhalb der Einwohnerschaft erzeugt, zumal seit einigen Wochen das Schlagwort „Preisabbau“, von dem man allerdings bisher so gut wie nichts, sogar in vielen Dingen das Gegenteil veripult hat, das Tagesgespräch ist. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß seit Anfang April eine mäßige Senkung der Kohlenpreise, also der Hauptrohstoffe für die Stromerzeugung, eingetreten ist. Es steht daher scheinbar die Erhöhung der Strompreise für den Uneingeweihten damit in Widerspruch, aber nur scheinbar, denn wer die Bekanntmachung des Elektrizitätswerkes vom 19. d. M. aufmerksam verfolgt, dem wird die neuerliche Strompreiserhöhung wohl verständlicher erscheinen. Immerhin dürfte es angebracht sein, auch an dieser Stelle nochmals näher darauf einzugehen.

Bereits Anfang März wurde in vielen Tageszeitungen von einer bevorstehenden, nicht unwesentlichen Herabsetzung der Kohlenpreise gesprochen. Wenn diese Herabsetzung auch nicht mit dem gleichen Tempo vor sich gegangen wäre, wie man es von den in letzterer Zeit fortwährend sich überstürzenden gewaltigen Heraussetzungen der Kohlenpreise gewöhnt war, so konnte man doch glauben, daß eine Preislenkung bereits Mitte März erfolgen würde. Was ist nun aber geschehen? Eine Preislenkung hat während der Dauer des ganzen März überhaupt nicht stattgefunden, im Gegenteil, und es ist wohl bei fast allen Kohlenverbrauchern ebenso gewesen, wurde das Elektrizitätswerk ganz gegen seinen Willen und trotz hiergegen erhobener Protestes im Vormonat mit etwa 50 % der noch teureren Kohle überliefert.

Das hiesige Elektrizitätswerk hat bei der Festsetzung der Februar-Strompreise nicht etwa die damals zuletzt gültigen, also die höchsten Kohlenpreise zugrunde gelegt, sondern es sind die Gestehungskosten auf Grund eines Durchschnittspreises angewendet worden, wobei die vorhandenen, nicht unbedeutenden Lagerbestände, also ganz wesentlich billiger eingekauften Kohlen berücksichtigt worden sind. Die Frachten und sonstigen Betriebskosten sind seit dieser Preisfestsetzung weiter gestiegen. Dagegen haben viele andere Elektrizitätswerke ihre Strompreise schon im Februar ohne Berücksichtigung von etwa günstiger eingekauften Lagerbeständen auf Grund des damals gültigen, also des höchsten Preisstandes für Kohlen, festgelegt. Soweit es aber von einzelnen Werken nicht geschehen war, haben diese fast ausnahmslos am 1. März entsprechende Strompreiserhöhungen vorgenommen. Alle diese Werke waren, als Anfang April eine geringe Herabsetzung der Kohlenpreise eintrat, in der glücklichsten Lage, ihre Strompreise vom gleichen Zeitpunkt ab ebenfalls in etwas zu erniedrigen. Im Gegensatz dazu konnte leider bei dem hiesigen Werke von einer Preisermäßigung keine Rede sein. Es lag im Gegenteil auf Grund des Ergebnisses der Märzstromabrechnung ein Zwang vor, die Preise entsprechend zu revidieren. Obwohl die Strompreise der meisten anderen Elektrizitätswerke mindestens vom 1. März ab ganz wesentlich höher waren, als die hiesigen, sind jene auch heute trotz inzwischen eingetretener Ermäßigung nicht niedriger, vielfach sogar höher als die hiesigen